



Treffen des berufspolitischen Ausschusses (BRA) in Göttingen:

Quer- und Seiteneinsteigerprogramme der Bundesländer auf das notwendige Maß begrenzen

Neben den Berichten aus den sechzehn Bundesländern standen auch dieses Mal wieder einige Positionspapiere des BRA zur Verabschiedung auf der Tagesordnung.

von **THOMAS KNOBLAUCH & STEFFEN PABST**

Unmittelbar vor der Forderungsfindung zur Entgeltrunde 2019 für die Beschäftigten

im Geltungsbereich des Tarifvertrages der Länder durch den dbb hat der berufspolitische Ausschuss des Deutschen Philologenverbandes Forderungen für die Tarifrunde 2019 diskutiert

und anschließend formuliert. Diese sind in erster Linie eine Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung und eine Verringerung des Abstandes im Einkommen zu den Beschäftigten im Bund und bei

den Kommunen. Darüber hinaus fordert der Deutsche Philologenverband unter anderem die stufengleiche Höhergruppierung, wie sie im Bund und in den Kommunen seit einigen Jahren durchgeführt wird. Mit der Forderung der Einführung einer EG 16 für Schulleitungen analog zur A 16 sieht der BRA einen weiteren



Schritt zur Vollendung der Paralleltabelle im Lehrkräftebereich und zur Stärkung des Tarifbereiches.

► Auswirkungen des Lehrkräftemangels

Wie sich in den Berichten aus den Ländern zeigte, haben einige Bundesländer massive Probleme, auch am Gymnasium, freie Stellen durch ausgebildete Lehrkräfte zu besetzen. Der BRA bekräftigt in seinem diesbezüglichen Positionspapier, dass eine Einstellung von Kolleginnen und Kollegen ohne Lehramtsausbildung nur die ultima ratio sein kann. Letztlich ist die Situation in diesen Bundesländern einer über lange Zeit verfehlten Bildungspolitik geschuldet, was jetzt nicht auf dem Rücken der Schüle-

rinnen und Schüler ausgetragen werden darf. Deshalb fordert der Deutsche Philologenverband, dass die Quer- und Seiteneinsteigerprogramme in allen Bundesländern auf keinen Fall weiter ausgebaut werden dürfen, sondern nur auf das notwendige Maß zu begrenzen sind. Die bereits im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen ohne Lehramtsausbildung sind in der Form nachzuqualifizieren, dass ihre Ausbildung der einer Lehrkraft entspricht. Erst nach dem Bestehen einer solchen Nachqualifizierung darf eine unbefristete Einstellung erfolgen. Nur so kann auch zukünftig ein qualitativ angemessener Unterricht auf gymnasialem Niveau garantiert werden.

► Ein intelligentes Beförderungskonzept für Gymnasiallehrkräfte

Durch die Digitalisierung des Arbeitsplatzes Schule wird es zunehmend wichtig, dass für den Umgang mit den gesammelten Daten Dienstvereinbarungen geschlossen werden. Der BRA hat eine kurze Handreichung entwickelt, die die wichtigsten Punkte, die in solchen Dienstvereinbarungen geregelt werden sollten, zusammenfasst.

Darüber hinaus hat der BRA ausführlich über die Verschiebungen in der Besoldungstabelle diskutiert, die sich in einigen Bundesländern durch die Anhebung der Besoldung der Grundschullehrkräfte auf A 13 ergeben. Das kann Auswirkungen auch in anderen

Bereichen, wie bei der Polizei haben. Der Deutsche Philologenverband wird das zum Anlass nehmen, ein intelligentes Beförderungskonzept auch für Gymnasiallehrkräfte zu fordern. ■

BILDTEXTE

Der Berufspolitische Ausschuss des Deutschen Philologenverbandes unter Leitung von Steffen Pabst (S. 8, 2.v.l.) und Thomas Knoblauch (S. 8, 2. v.r.) mit der DPhV-Vorsitzenden Susanne Lin-Klitzing (S. 8, r.) war auch in seiner Herbsttagung wieder sehr aktiv: mit Beratungen zu Dienstvereinbarungen im Kontext der Digitalisierung von Schule, zu Quer- und Seiteneinsteigern und vielem mehr. Danke für das Engagement!

94 Prozent der Beamten finden: Die Kombination aus individueller Beihilfe und Privater Krankenversicherung passt perfekt zusammen.

Passt wie Fisch
zu Brötchen



Passt das auch für Sie?



www.beamte-in-der-pkv.de